



Frank-Walter Steinmeier

„Heimat ist der Ort, den wir als Gesellschaft erst schaffen“

Rede beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit
in Mainz am 3. Oktober 2017

Including English translation



Der Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier

„Heimat ist der Ort, den wir als Gesellschaft erst schaffen“

Rede beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit
in Mainz am 3. Oktober 2017



Der Bundespräsident

„Heimweh nach früher hab ich keins
Nach alten Kümmernissen
Deutschland Deutschland ist wieder eins
Nur ich bin noch zerrissen.“

Wir feiern den Tag der Deutschen Einheit – wie jedes Jahr. Und wir feiern ihn zu Recht, den 3. Oktober, den Tag, an dem Ost und West in Deutschland wieder eins wurden.

Und doch ist in diesem Jahr etwas anders. Nicht nur Wolf Biermann, den ich zu Beginn zitiert habe, auch viele andere schauen mit Fragen, mit Sorgen, mit Verunsicherung auf die innere Einheit unseres Landes. Das ist die eine Seite des heutigen Tages. Sie ist deutlich zu spüren in diesem Jahr.

Aber es gibt auch eine andere Seite, und auch die sehe ich hier in unserem Saal versammelt: junge Menschen, Schülerinnen und Schüler aus 16 Bundesländern – seien Sie uns an diesem Tag ganz besonders herzlich willkommen.

„Tag der Deutschen Einheit?“ werden Sie fragen: „Wieso eigentlich nur einmal im Jahr? Deutsche Einheit ist doch jeden Tag“ – 365 Tage im Jahr und das seit 27 Jahren. Anders haben Sie es gar nicht kennen gelernt. Eine ganze, junge, lebensfrohe Generation ist es schon, die im wiedervereinten Deutschland geboren und zuhause ist.

Liebe Jugendliche, Ihnen gehört die Zukunft dieses Landes! Und wir, die Generation der Eltern und Großeltern, sind in der Pflicht, das an Sie weiterzugeben, was vor 27 Jahren errungen wurde: ein vereintes, freies und friedliches Deutschland. Ganz gleich, was uns heute bewegt – ob Freude oder Zerrissenheit, ob Enttäuschung oder Hoffnung –, das vereinte Deutschland, ein freies und demokratisches Deutschland, ein Deutschland, das nicht mit Angst, sondern mit Zuversicht in die Zukunft schauen kann – dieses Deutschland sind wir unseren Kindern schuldig.



Mainzer Bürgerinnen und Bürger begrüßen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Elke Büdenbender

Liebe Jugendliche, ja, deutsche Einheit ist jeden Tag. Das bedeutet: Wir feiern heute etwas Alltägliches – aber eben nichts Selbstverständliches. Denen, die nach der Einheit geboren wurden, die nicht wissen können, wie das war, denen rate ich: Fragen Sie die, die dabei waren.

Fragen Sie unsere Gäste aus Osteuropa. Fragen Sie gerade jetzt auch die Menschen aus Polen oder Ungarn, deren Wille zur Freiheit und zur Demokratie den Ostblock ins Wanken brachte und der Mauer in Berlin die ersten Risse versetzte. Fragen Sie die Ostdeutschen, die diese Mauer zum Einsturz brachten – nicht durch Hass, nicht mit Gewalt, sondern durch friedlichen Protest und mit großem Mut. Fragen Sie die Staatsmänner – oder realistischer ist wohl: Googlen Sie die Staatsmänner im Westen wie im Osten, die uns zugetraut haben, dass auch ein vereintes Deutschland ein friedliches Deutschland

sein wird. Und fragen Sie – gerade in diesem Jahr – nach dem Staatsmann, nach dem deutschen Europäer hier aus Rheinland-Pfalz, der die historische Gunst der Stunde ergriffen und das Einigungswerk politisch ermöglicht hat: Helmut Kohl, der vor drei Monaten verstorben ist.

Das ist das Deutschland, in das Sie hinein geboren wurden – ein Deutschland, das einen wahrlich weiten Weg zurückgelegt hat: vom entfesselten Nationalismus, der Krieg und Verwüstung über Europa brachte, von einer geteilten Nation im Kalten Krieg hin zu einem demokratischen und starken Land in der Mitte Europas. Unser Weg muss ein Weg in Frieden und Freundschaft mit unseren europäischen Nachbarn bleiben – er darf nie wieder ein Rückweg in Nationalismus sein!

Deutsche Einheit ist jeden Tag. Aber – spüren wir sie auch jeden Tag? Wann wird uns im Alltag eigentlich bewusst, dass wir Teil einer Gemeinschaft von 80 Millionen sind?

Für viele Menschen war das vielleicht vor neun Tagen, am 24. September. Das freie und gleiche Wahlrecht verbindet uns – und das spüren wir jedes Mal, wenn wir mit unseren Nachbarn in der Schlange vor der Wahlkabine stehen. Am 24. September haben deutlich mehr Menschen als in den beiden letzten Bundestagswahlen von diesem stolzen Recht Gebrauch gemacht. Das ist die gute Nachricht.

Doch noch am selben Abend dominierte bei vielen von uns weniger das sichere Gefühl von Einheit, vielmehr der Blick auf ein Land, durch das sich unübersehbar kleine und große Risse ziehen. Ich halte ganz und gar nichts von düsteren Abstiegszenarien, die in den letzten neun Tagen geschrieben worden sind, aber ich finde, auch an einem Feiertag dürfen wir nicht so tun, als sei da nichts geschehen: „Abhaken und weiter so!“ Vor allem dürfen wir das Wahlergebnis nicht nur abladen bei Parteien, Fraktionen und Koalitionsverhandlungen. Sicher, die tragen jetzt die größte Verantwortung. Aber das Signal ging an uns alle, und wir müssen es beantworten – wir Deutsche.

Das beginnt mit der Frage: Wer ist das eigentlich – „wir Deutsche?“ Heute, am 3. Oktober stellen wir fest: Ja, die deutsche Einheit ist politischer Alltag geworden. Die große Mauer quer durch unser Land ist weg. Aber am 24. September wurde deutlich: Es sind andere Mauern entstanden, weniger sichtbare, ohne Stacheldraht und Todesstreifen – aber Mauern, die unserem gemeinsamen „Wir“ im Wege stehen.

Ich meine die Mauern zwischen unseren Lebenswelten: zwischen Stadt und Land, online und offline, Arm und Reich, Alt und Jung – Mauern, hinter denen der eine vom anderen kaum noch etwas mitbekommt.

Ich meine die Mauern rund um die Echokammern im Internet; wo der Ton immer lauter und schriller wird, und trotzdem Sprachlosigkeit um sich greift, weil wir kaum noch dieselben Nachrichten hören, Zeitungen lesen, Sendungen sehen.

Und ich meine die Mauern aus Entfremdung, Enttäuschung oder Wut, die bei manchen so fest geworden sind, dass Argumente nicht mehr hindurchdringen. Hinter diesen Mauern wird tiefes Misstrauen geschürt, gegenüber der Demokratie und ihren Repräsentanten, dem sogenannten „Establishment“, zu dem wahlweise jeder gezählt wird – außer den selbsternannten Kämpfern gegen das Establishment.

Verstehen Sie mich richtig: Nicht alle, die sich abwenden, sind deshalb gleich Feinde der Demokratie. Aber sie alle fehlen der Demokratie. Gerade deshalb sollten wir am 3. Oktober vom 24. September nicht schweigen.

Natürlich, das erfordert Kontroverse. Differenzen gehören zu uns. Wir sind ein vielfältiges Land. Aber worauf es ankommt: dass aus unseren Differenzen keine Feindschaften werden – aus Unterschieden nicht Unversöhnlichkeit.

Dass Feindseligkeit sich nicht einnistet, dass Unversöhnlichkeit nicht politische Realität wird, das ist Aufgabe von Politik in dieser Zeit, und kein Ort ist dafür so wichtig wie das Parlament. Der 3. Oktober in diesem Jahr fällt in

eine Zwischenzeit. Der alte Bundestag tritt nicht mehr zusammen, den neuen gibt es noch nicht. Doch gewiss ist: Der Deutsche Bundestag, der vor neun Tagen gewählt wurde, wird anders sein. Er spiegelt die schärferen Gegensätze und auch die Unzufriedenheiten wider, die es in unserer Gesellschaft gibt. Die Debatten werden rauer sein, die politische Kultur wird sich verändern.

Doch Sie, verehrte Abgeordnete, die heute bei uns sind: Sie können der Demokratie jetzt einen großen Dienst erweisen. Sie können zeigen, dass Demokraten die besseren Lösungen haben als die, die Demokratie beschimpfen. Sie können beweisen, dass Wut am Ende die Übernahme von Verantwortung nicht ersetzt. Sie können beweisen, dass durch den Tabubruch vielleicht der nächste Talkshowplatz gesichert, aber noch kein einziges Problem gelöst ist. Ich bin überzeugt: Sie werden beweisen, dass Argumente weiter tragen als die Parolen der Empörung.

Argumente statt Empörung brauchen wir auch und gerade bei dem Thema, das unser Land in den letzten zwei Jahren so bewegt hat wie kein anderes – Flucht und Migration. Nirgendwo sonst stehen sich die Meinungslager so unversöhnlich gegenüber – bis hinein in die Familien, bis an den Abendbrotisch. Was für die einen kategorischer „humanitärer Imperativ“ ist, wird von anderen als angeblicher „Verrat am eigenen Volk“ beschimpft. Ich befürchte: Solange das Thema ein moralisches Kampfgebiet zwischen diesen beiden Polen bleibt, werden wir der eigentlichen Aufgabe nicht gerecht, nämlich die Wirklichkeit der Welt und die Möglichkeiten unseres Landes überein zu bringen.

Die Not von Menschen darf uns niemals gleichgültig sein. Im Gegenteil: Wir müssen noch mehr tun, um Frieden zu stiften und die Not in großen Teilen Afrikas zu wenden. Unser Grundgesetz garantiert den Schutz vor politischer Verfolgung, aus guten, in Deutschland auch historischen Gründen, an die wir uns erinnern. Doch wir werden den politisch Verfolgten nur dann auch in Zukunft gerecht werden können, wenn wir die Unterscheidung darüber zurückgewinnen, wer politisch verfolgt oder wer auf der Flucht aus wirtschaftlicher Not ist.

Wir müssen uns ehrlich machen – in zweifacher Weise. Erstens, auch wenn sich hinter beiden Fluchtgründen härteste menschliche Schicksale verbergen, sie sind nicht dasselbe, sie begründen nicht den gleichen uneingeschränkten Anspruch unserer Verfassung. Zweitens: Ehrlich machen müssen wir uns auch in der Frage, welche und wie viel Zuwanderung wir wollen, vielleicht sogar brauchen. Aus meiner Sicht gehört dazu, dass wir uns Migration nicht einfach wegwünschen, sondern – ganz jenseits von Asyl und den gemeinsamen europäischen Anstrengungen – auch legale Zugänge nach Deutschland definieren, die Migration nach unseren Maßgaben kontrolliert und steuert. Nur wenn wir uns in beiden Fragen ehrlich machen, werden wir die Polarisierung in der Debatte überwinden. Ich bin sicher, wenn die Politik sich dieser Aufgabe annimmt, gibt es eine Chance, die Mauern der Unversöhnlichkeit abzutragen, die in dieser Frage in unserem Land gewachsen sind – und das tut not.

Die Debatte über Flucht und Migration hat Deutschland aufgewühlt. Aber sie ist Folge und Abbild einer aufgewühlten Welt. Mit Blick auf die Umbrüche, die vielen internationalen Krisen und Konflikte habe ich von vielen Bürgern in den letzten Jahren den Satz gehört: „Ich versteh die Welt nicht mehr“ – und ehrlich gesagt: Ich konnte diesen Satz gut nachvollziehen.

In diesem Jahr und in meiner neuen Rolle habe ich aber noch einen anderen Satz gehört: „Ich versteh mein Land nicht mehr.“ Dieser Satz macht mir deutlich mehr zu schaffen.

Nach den G20-Protesten habe ich Ladenbesitzer aus der Hamburger Schanze getroffen, die sagten: „Wir mussten mit ansehen, wie aus ganz normalen Passanten Gaffer und Plünderer geworden sind.“

In Bitterfeld erzählte mir eine Frau: „Eigentlich wollte ich eine Wahlkampf- rede anhören, aber da waren Mitbürger, Nachbarn, die haben mir mit ihrem Gebrüll, mit ihren hasserfüllten Gesichtern richtig Angst gemacht.“

In Stuttgart traf ich einen Mitarbeiter aus der Autobranche, übrigens ein Sohn von türkischen Gastarbeitern, der sagte: „Jahrelang war ich stolz, dass ich in



Ansprache beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in Mainz

Deutschlands Vorzeigeindustrie arbeite. Jetzt fragen mich alle, ob ich mit betrogen habe.“

Und mehr als einmal habe ich im Osten gehört: „Mein Betrieb ist pleite, mein Dorf ist leer. Es ist ja gut, dass Ihr Euch um Europa kümmert – aber wer kümmert sich um uns?“

Das hören wir nicht gern an einem Feiertag. Aber wenn einer sagt „Ich fühle mich fremd im eigenen Land“, dann können wir nicht antworten: „Tja, die Zeiten haben sich halt geändert“. Wenn einer sagt „Ich versteh mein Land nicht mehr“, dann gibt es etwas zu tun in Deutschland – und zwar mehr als sich in guten Wachstumszahlen und Wirtschaftsstatistiken zeigt.

Denn verstehen und verstanden werden – das will jeder, und das braucht jeder, um sein Leben selbstbewusst zu führen.

Verstehen und verstanden werden – das ist Heimat.

Ich bin überzeugt, wer sich nach Heimat sehnt, der ist nicht von gestern. Im Gegenteil: je schneller die Welt sich um uns dreht, desto größer wird die Sehnsucht nach Heimat. Dorthin, wo ich mich auskenne, wo ich Orientierung habe und mich auf mein eigenes Urteil verlassen kann. Das ist im Strom der Veränderungen für viele schwerer geworden.

Diese Sehnsucht nach Heimat dürfen wir nicht denen überlassen, die Heimat konstruieren als ein „Wir gegen Die“; als Blödsinn von Blut und Boden; die eine heile deutsche Vergangenheit beschwören, die es so nie gegeben hat. Die Sehnsucht nach Heimat – nach Sicherheit, nach Entschleunigung, nach Zusammenhalt und vor allen Dingen Anerkennung –, diese Sehnsucht dürfen wir nicht den Nationalisten überlassen.

Ich glaube, Heimat weist in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit. Heimat ist der Ort, den wir als Gesellschaft erst schaffen. Heimat ist der Ort, an dem das „Wir“ Bedeutung bekommt. So ein Ort, der uns verbindet – über die Mauern unserer Lebenswelten hinweg –, den braucht ein demokratisches Gemeinwesen und den braucht auch Deutschland.

Auf meinen Reisen durch Deutschland mache ich die wunderbare Erfahrung: Wo Heimat ist, da gibt es viel zu erzählen. In Sönke Wortmanns neuem Film „Sommerfest“, einem Heimatfilm über das Ruhrgebiet, da sagt ein waschechter Bochumer: „Hömma..., Geschichten liegen hier überall auffer Straße rum – man müsse nur aufheben.“

Ich finde, das muss der Anfang sein. Gehen wir nicht übereinander hinweg, sondern lesen wir unsere Geschichten auf. Wo nach dem 24. September jeder in seiner gesellschaftlichen Nische den Kopf geschüttelt hat, wo wir übereinander reden – und übereinander hinweg – da sollten wir wieder



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf dem Liebfrauenplatz in Mainz gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem Präsidenten des Deutschen Bundestags, Norbert Lammert, und der Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer (v. l. n. r.)

lernen, einander zuzuhören: wo wir herkommen, wo wir hinwollen, was uns wichtig ist.

Wenn ein Ostdeutscher erzählt, wie seine Heimat in der DDR sich nach der Wende radikal verändert hat – dass die neue Freiheit nicht nur Ziel von Sehnsucht, sondern auch eine Zumutung war, dass im Wandel vieles verloren ging, was man doch halten wollte – dann gehört auch das zu unseren deutschen Geschichten. Die Herstellung der Einheit war ein gewaltiges Werk. Natürlich wurden auch Fehler gemacht in den Jahren nach 1990 – und es gibt keinen Grund, darüber zu schweigen. Ostdeutsche haben nach der Wiedervereinigung Brüche erlebt, wie sie meine Generation im Westen nie kannte. Und dennoch sind diese ostdeutschen Geschichten kein solch fester

Bestandteil unseres „Wir“ geworden wie die des Westens. Ich finde, es ist an der Zeit, dass sie es werden.

Die mutige Anwältin und Autorin Seyran Ateş hat mir kürzlich erzählt: „Mir hüpfst das Herz in der Brust, wenn ich in Istanbul den Bosphorus wiedersehe. Und auf dem Rückweg nach Berlin hüpfst mir das Herz, wenn ich den Fernsehturm wiedersehe.“ In ihrer Geschichte steckt etwas ebenso Simple wie Wichtiges: Heimat gibt es auch im Plural. Ein Mensch kann mehr als eine Heimat haben, und neue Heimat finden. Das hat die Bundesrepublik für Millionen von Menschen bereits bewiesen. Sie alle sind Teil unseres „Wir“ geworden. Ganze Generationen von Zuwanderern sagen heute voller Stolz: „Deutschland ist meine Heimat“, – und das hat uns bereichert.

Das sollte uns Zuversicht geben für die großen Integrationsaufgaben, die vor uns liegen. Doch wir sagen auch: Heimat ist offen – aber nicht beliebig.

Für die Neuen heißt das zunächst mal, unsere Sprache zu lernen. Ohne sie gibt es kein Verstehen und verstanden werden. Aber es heißt mehr als das. Wer in Deutschland Heimat sucht, kommt in eine Gemeinschaft, die geprägt ist von der Ordnung des Grundgesetzes und von gemeinsamen Überzeugungen: Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Verfassung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau. All das ist nicht nur Gesetzestext, es ist für gelingendes Zusammenleben in Deutschland unverzichtbar, und das kann nicht zur Disposition stehen.

Und schließlich, bei allen Debatten, bei allen Unterschieden – eines ist nicht verhandelbar in dieser deutschen Demokratie: das Bekenntnis zu unserer Geschichte, einer Geschichte, die für nachwachsende Generationen zwar nicht persönliche Schuld, aber bleibende Verantwortung bedeutet. Die Lehren zweier Weltkriege, die Lehren aus dem Holocaust, die Absage an jedes völkische Denken, an Rassismus und Antisemitismus, die Verantwortung für die Sicherheit Israels – all das gehört zum Deutsch-Sein dazu.

Und zum Deutsch-Werden gehört, unsere Geschichte anzuerkennen und anzunehmen. Das sage ich auch denen, die aus Osteuropa, Afrika oder den

muslimisch geprägten Regionen des Mittleren Ostens zu uns gekommen sind. Wer in Deutschland Heimat sucht, kann nicht sagen: „Das ist Eure Geschichte, nicht meine.“

Doch wie sollen wir dieses Bekenntnis von Zuwanderern erwarten, wenn es in der Mitte unserer Demokratie nicht unangefochten bleibt? Die Verantwortung vor unserer Geschichte kennt keinen Schlusstrich – ich füge hinzu: erst recht nicht für Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

Diesem Land anzugehören, bedeutet Anteil an seinen großen Vorzügen, aber eben auch an seiner einzigartigen historischen Verantwortung. Für mich gehört genau das zu einem aufgeklärten deutschen Patriotismus. Wenn uns in Deutschland etwas auszeichnet, dann ist es die langwierige, schwierige, ja schmerzhaft aufarbeitung unserer Geschichte und der besondere Blick auf die tiefen Schatten, die genauso zu Deutschland gehören wie seine vielen hellen Seiten. Dafür werden wir von anderen geschätzt, und darauf dürfen wir stolz sein.

Allzu oft habe ich nach der Bundestagswahl gelesen: Viele Menschen seien enttäuscht von Deutschland, von der Demokratie und ihren Institutionen. Wissen Sie, wer von der Bundesrepublik enttäuscht ist, der erwartet ganz offensichtlich was von ihr.

Ich bin und bleibe überzeugt: Wir können viel von diesem Land erwarten. Ein Land, das sich aus mancher Krise befreit hat. Mit einer Politik, die offene Fragen nicht wegmoderiert, sondern die Zukunft in die Hand nimmt. Wenn das das Leitmotiv aller Politik wird, dann bewahren wir das Deutschland, das die überwältigende Mehrheit der Deutschen sich wünscht: ein demokratisches Land, ein weltoffenes und europäisches Land, ein Land, das zusammenhält.

Das muss bleiben – und das wird bleiben! Das wird bleiben, weil es nicht die Besserwisser und Meckerer sind, nicht die ewig Empörten und nicht die, die ihre tägliche Wut auf alles und jeden pflegen. Nicht die prägen unser Land. Nein, was mich so zuversichtlich macht, sind die Millionen anderen, die anpacken, die sich für das Gelingen und den Gemeinsinn in unserem Land täglich einsetzen.

Die – ohne, dass sie's müssten – nach dem kranken Nachbarn schauen, die im Altersheim vorlesen oder Flüchtlingen beim Ankommen helfen. Die Alleinerziehenden vielleicht einen freien Nachmittag schenken oder in unzähligen Vereinen für den kulturellen Reichtum unseres Landes sorgen. Die das Leben auf dem Dorf lebenswert halten, die sich abends nach der Arbeit im Gemeinderat noch um die Bücherei und das Schwimmbad kümmern. Die, die Sterbende in den letzten Stunden ihres Lebens begleiten. Kurz: all die vielen, die sich um mehr kümmern als nur sich selbst.

Das sind die, die unser Land zusammenhalten – allen Besserwissern zum Trotz. Das sind die, die Einheit stiften – jeden Tag neu.

Frank-Walter Steinmeier

“Home is a place that we
as a society must first create”

Speech at the ceremony to mark the Day of German Unity
in Mainz on 3 October 2017



Der Bundespräsident

“I do not pine for the past at all
For worries left behind
Germany, Germany is reunited
But I, I am still torn.”

Today, we celebrate the Day of German Unity – as we do every year. We have good reason to celebrate the 3 October, the day when East and West Germany again became one.

Yet, this year, something is different. Not only Wolf Biermann, whom I just quoted, but many others as well feel doubt, worry and insecurity when they look at internal cohesion in our country. That’s one aspect we should focus on today. It’s an undercurrent that can clearly be felt this year.

However, I see something else, too, right before me in this room. Young people, pupils from 16 Länder, to whom I want to extend a very warm welcome.

“The Day of German Unity?” you may ask. “Why is it only once per year – isn’t every day a day of German unity?” 365 days a year, for the last 27 years. For you, that’s how it’s always been. There’s now an entire young, optimistic generation that was born in reunited Germany and calls it home.

You, young people, are the future of this country. We, your parents and grandparents, have a duty to pass down to you what was accomplished 27 years ago: a unified, free and peaceful Germany. No matter what emotions we feel today, whether it be joy or inner conflict, disappointment or hope, it behoves us to pass down to our children a unified Germany, a free and democratic Germany, a Germany that can look to the future not with fear, but with confidence.

Young people, you are right. Every day is a day of German unity. We are today celebrating something that, although it may appear ordinary, should by

no means be taken for granted. Those of you who were born after German reunification can't know what it was like. You should ask those who do.

Ask our guests from Eastern Europe. Especially these days you should talk to people from Poland and Hungary, whose great desire to live in freedom and democracy weakened the Communist bloc and put the first cracks in the Berlin Wall. Ask the East Germans who brought the Wall down – not with hatred or violence, but through peaceful protest and by showing tremendous courage. Ask the statesmen or, more likely, google the Western and Eastern statesmen who expressed confidence that a unified Germany would be a peaceful Germany. This year in particular, look to the statesman and German European who was born and raised right here in Rhineland-Palatinate and who seized the historic opportunity to make German reunification politically possible. I am of course referring to Helmut Kohl, who died three months ago.

This is the Germany that you were born into. It is a Germany that has truly come a long way, from the unfettered nationalism that brought war and devastation on Europe to a divided nation during the Cold War and finally to a strong, democratic country in the heart of Europe. Our path must remain one of peace and friendship with our European neighbours. We must never fall back into nationalism!

Every day is a day of German unity. But do we feel this unity every day? How often, in our daily lives, do we actually sense that we are part of an 80-million-strong community?

For many, that may have been the case nine days ago, on 24 September. The right to participate in free and fair elections unites us. We feel this every time we line up with our neighbours at polling stations, waiting to cast our ballot. On 24 September, a record number of people exercised their sovereign right to vote compared to both previous general elections. That's the good news.

I say so because, that same evening, many of us felt our internal cohesion crumble. Small and large cracks appeared throughout this country. I don't

subscribe to the negative views that have been expressed during the past nine days. But I do think that, even while we celebrate a national holiday, we must not act as if nothing happened, saying “let’s chalk that one up to experience and get back to business as usual!” We must not say that this outcome concerns only the parties, parliamentary groups and coalition talks. Certainly, they have the most responsible task right now. But a signal was sent to all of us – and we, we Germans, are called on to respond.

We must start by asking ourselves: Whom do we mean by “we Germans”? This day, this 3 October, we can say that yes, German unity has become an everyday political fact. The great wall that once separated our country is gone. However, on 24 September, it became clear that other walls have gone up. Less visible ones, without barbed wire or a death strip. But they are walls, and they keep “us” from standing united as a people. I mean the walls that run between the worlds we live in. They separate rural and urban communities, those on both sides of the digital divide, the poor and the rich, the old and the young. These walls isolate us, so that we hardly notice one another any more.

I mean the walls that create echo chambers on the internet, where voices are growing louder and more aggressive. Despite all the loud talking, we’re barely communicating, because we hardly listen to the same news reports, read the same newspapers or watch the same television broadcasts any more.

And I mean the walls that arise due to alienation, disappointment and anger – feelings that have grown so entrenched in some of us that we are becoming unreceptive to arguments. Behind these walls, deep mistrust is stirred up, mistrust of democracy and its elected representatives, the so-called establishment, which some believe to include everyone except those in the self-proclaimed anti-establishment movement.

Please do not misunderstand me. Not everyone who has lost faith is an enemy of democracy. But democracy is weakened in the process. That is precisely why, on 3 October, we must not remain silent about 24 September.

Of course, this means engaging in controversial discussions. Differences are part of who we are. We are a multifaceted country. What we have to ensure, however, is that our differences do not give rise to enmity or irreconcilable rifts.

The task of politics in our day and age is to make sure that enmity does not take hold, and that irreconcilable rifts do not become part of the political landscape. No place is more important for this task than our parliament. This year, the 3 October falls into a transitional period. The old Bundestag has adjourned, and the new one has not yet formed. One thing, however, is certain. The German Bundestag that was elected nine days ago will be different. It reflects the sharper contrasts and the dissatisfaction that exist in our society. The debates will be more harsh, and our political culture will change.

To those members of parliament who are present here today, you can now render a great service to democracy. You can prove that democrats have better solutions than do those who deride democracy. You can prove that anger is ultimately no substitute for taking on responsibility. You can prove that, although breaking a taboo may get you on the next talk show, it will not solve a single problem. I firmly believe you will prove that rational arguments will serve us much better than angry tirades.

Arguments, not outrage, are what we truly need when addressing the issue that has shaken our country more than any other over the past two years – refugees and migration. On no other issue do people have such staunchly different views – even within families and around the dinner table. What is considered by some to be a categorical “humanitarian imperative” is criticised by others as a supposed “betrayal of one’s own people”. I fear that, as long as this remains a moral battle between two diametrically opposite views, we will not do justice to the actual task at hand. What we must do is to square the situation in the real world with what our country can actually do.

We must never be indifferent to the plight of others. On the contrary, we must do even more to promote peace and to alleviate the suffering of people in

large parts of Africa. Our Basic Law guarantees the right of asylum to persons persecuted on political grounds. It does so for good reasons. This stands against a historical background in Germany that we all recall. However, we will only be able to continue granting political asylum in the future by again properly distinguishing between those fleeing political persecution and those escaping economic hardship.

We must be honest in two respects. First, even though political and economic migration are caused by difficult human circumstances, they are not the same. They do not give the same unconditional entitlement to protection by our constitution. Second, we must be honest about what kind of immigration we want, how much we want, and maybe also how much we need. In my view, this means not simply wishing away migration, but – apart from the issues of asylum and joint European efforts – defining what constitutes legal migration to Germany, so that it can be controlled and managed as we see fit. Only if we are fully honest with ourselves in both respects will we overcome the polarisation in the debate. I am certain that, if our political system takes on this task, we can break down the walls of enmity that have risen up in our country over this issue. And that's something we truly need.

The debate over refugees and migration has roiled Germany. But it is a consequence of, and points to, the disorganised state of the world. There have been so many upheavals and international crises and conflicts in recent years. As a result, I've heard many citizens say, "I simply don't understand the world any more." And to be honest, I know where this is coming from.

But this year, after assuming my new office, I heard another thing as well, namely, "I simply don't understand my country any more." Now this statement I find much more troubling.

After the G20 demonstrations, I met with owners of shops in the Schanzenviertel district in Hamburg, who said, "We saw with our own eyes how ordinary bystanders became onlookers and looters."

In Bitterfeld, a woman told me, “I’d actually gone to the political rally to hear a speech. But then fellow citizens, my own neighbours, showed up who began to shout and were so full of hatred that they really scared me.”

In Stuttgart, I met with an auto worker, who incidentally is the son of Turkish guest workers. He said, “For years, I was proud to be working in Germany’s showcase industry. Now everyone asks me if I was in on the cheating.”

More than once, I’ve heard in eastern Germany that “My company is bankrupt, and my village is deserted. It’s good that you’re looking out for Europe – but who’s looking out for us?”

These are not things we like to hear on a national holiday. But, when someone says, “I feel like a stranger in my own country,” then we can’t simply respond, “Well, you see, times have changed.” If someone says, “I simply don’t understand my country any more,” then we’ve got work to do in Germany. And I mean more than the work that creates good growth rates and feeds economic indicators.

Because everyone wants to understand and be understood. That’s what everyone needs to live a self-determined life.

Understanding and being understood – it’s what makes a country feel like home.

I am convinced those who want to feel at home are not stuck in the past. On the contrary, the more dizzying the pace of the world gets, the more we long for home. A place that I know well, where I have my bearings and where I can rely on my personal judgement. With rapid change all around, this has gotten so much harder for many to find.

We must not let those who construe home in terms of “us against them” have a monopoly on the longing for home. They cling to idiotic blood-and-soil ideologies and fantasise about an ideal German past that has never existed

in that form. The longing for home – for safety, for things to slow down, for community and, above all, for acknowledgement is something we simply cannot allow to become a nationalist prerogative.

I believe that what we call home is all about the future – not about the past. Home is a place that we as a society must first create. Home is a place where “we” takes on meaning. A democratic society needs, and Germany needs, a place like this. A place that connects us by bridging all of the walls that we build in our lives.

During my travels through Germany, I’ve been delighted to discover that, where there’s a sense of home, there are many stories to be told. In Sönke Wortmann’s new movie *Sommerfest*, a sentimental film about the Ruhr region, a Bochum native says in his dialect, “Listen ... ya got stories lying all over the street here – all ya gotta do is pick’em up.”

I think that’s where we should begin. Let’s not simply ignore each other, but instead pick up these stories of ours. We need to pop the social bubbles each of us finds ourselves in, shaking our head after 24 September, where all we do is talk about, but in the end don’t engage with, one another. We need to learn to truly listen to one another again, we need to learn where we’re from, where we want to go, and what’s important to us.

When someone from eastern Germany talks about how his home country in the GDR changed radically after Germany’s political upheaval of 1989 – when they speak about how this new-found freedom was not only something they longed for, but something that also imposed high demands, and when they say that many things they would have liked to hold on to were lost during the transition – then this, too, is part of our German storybook.

Creating a unified Germany was a tremendous task. Of course, mistakes were made in the years after 1990. There’s no reason to sweep them under the carpet. After reunification, people in eastern Germany experienced upheaval in ways that my generation in the West could only imagine. Still, these stories from

eastern Germany never became an integral part of who “we” are, like those that are told in the West. I think it’s time for them to become just that.

The courageous lawyer and author Seyran Ateş recently explained to me, “Every time I see the Bosphorus in Istanbul, I feel my heart jump for joy. And every time I return to Berlin, I feel the same joy in my heart when I see the TV tower.” This story communicates a simple yet important truth: We can have multiple homes. It’s possible for a person to feel at home in more than one place, and to find a new home. The Federal Republic has already become a new home for millions of people. All of them have become part of who “we” are. Entire generations of immigrants today proudly proclaim that “Germany is my home” – and they’ve enriched our society.

This should make us confident that we can master the major integration challenges that lie ahead. However, we also say that home is an open concept – but not without boundaries.

This means that those who arrive in our midst must first learn to speak our language. Without that, they will neither understand nor be understood. But there’s more to it than that. Those who are looking to make Germany their home are entering a society that is built on the order that was established by our Basic Law and based on shared values: the rule of law, respect for our constitution, and equal rights for men and women. All this is not only the law of the land, it is absolutely essential if we are to live together well in Germany. Therefore, it is non-negotiable.

And, finally, despite all the debates, and all the different opinions, there’s one thing that’s not negotiable in this German democracy. I mean that we all must show commitment to our history, a history that for young generations brings with it not personal blame, but enduring responsibility. The lessons of two World Wars, the lessons of the Holocaust, the full rejection of all nationalist thinking, racism and anti-Semitism, as well as assuming responsibility for the security of Israel – all this is part of being German.

Therefore, becoming German means acknowledging and accepting our history. I say this also to those who have come to us from Eastern Europe, Africa and Muslim-majority regions in the Middle East. Anyone who seeks to make Germany home cannot say, "That's your history, not mine."

But how can we expect immigrants to make this commitment if it is called into doubt in the midst of our democracy? Assuming responsibility for our history is always a work in progress. Let me add that this applies in particular to Members of the German Bundestag.

Being part of this country means sharing its great benefits and its unique historical responsibility. To me, that's part and parcel of enlightened German patriotism. If there is one thing that we Germans are known for, then it's that we are committed to the drawn-out, tedious and even painful process of coming to grips with our past and the special perspective we have on those dark shadows that belong to Germany just as much as the many bright aspects. Others genuinely respect us for this, and we can be proud of that.

Too often, after the general election, I read that many people feel disappointed about Germany, about democracy and democratic institutions. But when you think about it, those who feel disappointed about the Federal Republic quite obviously expect it to deliver something.

I am firmly convinced that we can expect a great deal from this country. It's a country that has overcome many a crisis. Its political system does not shun unanswered questions, but rather takes its future into its own hands. If this becomes our policy-making motto, then we will preserve the Germany that the overwhelming majority of Germans want – a democratic country, a globally-minded and European country, and a country that sticks together.

That's what must – and will – endure! Because it's not the know-it-alls and naysayers who define our country, nor is it those who are constantly outraged and vent their anger at everything and everyone on a daily basis.

No, what fills me with confidence is seeing the many millions in our country who roll up their sleeves every day and set about getting things accomplished and building a sense of community.

Those people who of their own free will look after sick neighbours, read to the elderly in nursing homes and help refugees get settled here. Those who may give a single mum or dad an afternoon off or enrich the culture of our country by participating in one of its countless associations. Those who make life in their village worth living, and those who in the evening after work volunteer for their local council, keeping libraries and swimming pools running. Those who accompany the dying during their last hours of life. In short, all those who care about more than just themselves.

They are the ones who keep our country together – by defying all the naysayers. They are the ones who sow the seeds of German Unity – every single day.

Impressum / Imprint

Herausgeber / Publication

Bundespräsidialamt / Office of the Federal President
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Press and Public Relations
Spreeweg 1
10557 Berlin
www.bundespraesident.de

Redaktion / Editing

Eva Deligiannis
Bundespräsidialamt / Office of the Federal President

Satz & Gestaltung / Typesetting and design

haas images, Berlin

Bildnachweis / Photographs

Felix Zahn
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung /
Press and Information Office of the Federal Government

Übersetzung / Translation

Sprachendienst, Auswärtiges Amt /
Language Services Division, Federal Foreign Office

Druck / Printing

werbeproduktion bucher

Berlin, Oktober 2017

